



Antrag

Fraktion AfD

Klimahysterie beenden - CO₂-Steuer verhindern

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag spricht sich gegen die Einführung einer CO₂-Steuer aus und bittet die Landesregierung, sich im Bundesrat gegen die Einführung einer solchen Steuer einzusetzen.

Begründung

Trotz des bereits heutigen, marginalen Einflusses Deutschlands auf den weltweiten CO₂-Ausstoß, plant die Bundesregierung die rund einhundert deutschen Kohlekraftwerke abzuschalten, um wissenschaftlich nicht begründbare CO₂-Reduktionsziele zu erreichen, während sich weltweit aktuell 1.400 Kohlekraftwerke in Bau oder Planung befinden und sich der menschengemachte, weltweite CO₂-Ausstoß durch Wirtschaftswachstum und Wohlstandsgewinne der Schwellenländer unweigerlich ständig weiter erhöhen wird.

Vor diesem Hintergrund ist der begonnene Transformationsprozess der deutschen Wirtschaft, der hunderttausende Arbeitsplätze gefährdet und den Bürger bereits rund eine Billion Euro gekostet hat, nicht zu rechtfertigen. Schon jetzt beträgt der politisch-ideologische Kostenblock am Strompreis 53 Prozent mit dem Effekt, dass die deutschen Strompreise schon heute die höchsten Europas sind und als Standortnachteil die Deindustrialisierung befördern. Sämtliche politischen Maßnahmen, die darauf gerichtet sind, dem Bürger und Steuerzahler weitere Kosten aufzulasten sind daher strikt abzulehnen. Die Einführung einer CO₂-Steuer belastet zudem die nichturbane und auf den motorisierten Individualverkehr angewiesene Bevölkerung übermäßig. Sie bedeutet die künstliche Verteuerung fossiler Energieträger und ist im Kern eine planwirtschaftliche Maßnahme, um ineffiziente und damit überbeuerte „grüne“ Technologien zu scheinbarer Konkurrenzfähigkeit zu verhelfen.

(Ausgegeben am 10.05.2019)

Die AfD-Fraktion hält dem gegenüber strikt an der sozialen Marktwirtschaft fest, die politische Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen über den ordnungspolitischen Rahmen hinaus ablehnt. Auf welche Technologien es letztendlich hinausläuft, ist eine Frage, die nicht der Politik, sondern den Marktteilnehmern überlassen werden muss.

Der sogenannte menschengemachte Klimawandel beruht auf der These, dass der Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur durch menschliche Aktivitäten - durch das Verbrennen fossiler Energieträger und der damit verbundenen Freisetzung von Kohlendioxid - verursacht wird.

Dabei wird unterstellt, dass das Spurengas Kohlendioxid einen die Erdatmosphäre erwärmenden Treibhauseffekt erzeugt. Diese Behauptung konnte bislang experimentell nicht bewiesen werden. In der Wissenschaft gibt es diesbezüglich auch keinen allgemeinen Konsens, sondern völlig gegensätzliche Auffassungen. Darüber hinaus kommt es in der Wissenschaft auch nicht auf den Konsens an, sondern auf die durch Erkenntnisgewinn geschlussfolgerte Wahrheit - durch die Aufstellung falsifizierbarer Thesen, die anhand von Messungen und Beobachtungen entweder verifiziert werden können oder verworfen werden müssen.

Vor diesem Hintergrund ist es von besonderer Bedeutung, dass in den letzten 20 Jahren auf Grundlage der NASA-Daten kein Temperaturanstieg gemessen werden konnte, obwohl in diesem Zeitraum der CO₂-Anteil in der Atmosphäre weiter gestiegen ist. Das deutet auf einen fundamentalen Fehler in den zugrundeliegenden Klimamodellen hin, zumal in der Wissenschaft Einigkeit darüber besteht, dass in der Milliarden Jahre andauernden Existenz der Erde vor allem Sonnenfaktoren eine verursachende Rolle für den ständigen Wechsel zwischen Kalt- und Warmzeiten gespielt haben. Diese Faktoren sind in den Klimamodellen des IPPC in keiner Weise berücksichtigt. Ebenso werden andere Wetterfaktoren wie die Rolle der Wolkenbildung nicht berücksichtigt. Von daher sind Voraussagen über die künftige Klimaentwicklung überhaupt nicht möglich, was eine zunehmende Zahl von Klimaforschern auch so beschreibt.

Ein Ursache-Wirkung-Zusammenhang dahingehend, dass die Zunahme von CO₂ eine Zunahme der Temperatur verursacht, entbehrt jeder empirischen Grundlage. Allenfalls können mithilfe statistischer Tricks Scheinkorrelationen dargestellt werden. Entscheidend ist, dass der wichtigste empirisch nachgewiesene Einflussfaktor auf das Klima, die Sonnenaktivität, in den Klimamodellen des IPPC-Weltklimarats gänzlich ausgeblendet wird.

Der CO₂-Anteil an der Luft beträgt 0,038 Prozent. Unbestritten ist, dass 97 Prozent der CO₂-Emissionen auf natürliche Prozesse zurückzuführen sind. Von den verbleibenden 3 Prozent, die auf menschenverursachte Kohlendioxidemissionen zurückgehen, entfallen 3,1 Prozent auf die Bundesrepublik Deutschland. Selbst wenn die Klimawandel-Apologeten in ihren Annahmen recht hätten, betrüge der Einfluss Deutschlands auf den gesamten, weltweiten CO₂-Ausstoß lediglich 0,093 Prozent und ist damit so gering, dass er nicht einmal exakt gemessen werden kann. Ein größerer Vulkanausbruch hätte im jeweiligen Betrachtungsjahr einen zehnmal größeren Einfluss auf die weltweiten CO₂-Emissionen als 82 Millionen Bundesbürger mit ihrer Wirtschaftstätigkeit.

Da von Kohlendioxid augenscheinlich keine schädlichen Wirkungen ausgehen, besteht auch kein Zeitdruck, in diese Marktprozesse mit Billionenbelastungen für die Bürger durch immer neue Steuern und Subventionen politisch einzugreifen. Eine sinnvolle Klimapolitik ist davon geprägt, dass sie Klimaveränderungen begleitet, sich aber nicht anmaßt diese vorherzusagen oder gar lenken zu können.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitzender